

Schwerpunkt Landtagswahlen 2021

Marxer: «8 Prozent ist eine zu hohe Hürde, die grosse Parteien privilegiert»

Analyse Noch verläuft der Wahlkampf ruhig, die Parteien haben nun aber ihre Kandidaten und Kandidatinnen in Stellung gebracht. Wilfried Marxer, Forschungsleiter für Politik am Liechtenstein-Institut, hat für das «Volksblatt» einen näheren Blick darauf geworfen.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Die Coronapandemie stellt auch den Wahlkampf etwas in den Schatten. Wie nehmen Sie den bisherigen Wahlkampf wahr?
Wilfried Marxer: Die heisse Phase des Wahlkampfes kommt erst. Bisher standen vor allem die Nominierungen im Vordergrund, von der inhaltlichen Arbeit an den Wahlprogrammen ist bisher erst wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Das war bei früheren Wahlen auch nicht viel anders. Jetzt bleiben noch zwei Monate bis zum Wahltag, aber das fast alle brieflich wählen, muss die Wahlkommunikation deutlich vorher den Höhepunkt erreichen. Wir werden also in den kommenden Wochen eher Material für die Parteien in den Briefkästen vorfinden, in denen Wahlprogramme und Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt werden. Auch in den Zeitungen werden die Landtagswahlen in den kommenden Wochen präsent sein, ebenso bei Radio Liechtenstein und TV. Daran ändert die Coronapandemie wenig. Was hingegen grossteils wegfällt, sind grössere öffentliche Parteiveranstaltungen, Auftritte von Kandidatinnen und Kandidaten an öffentlichen Plätzen und an Glühweinständen und ähnliche Parteivertikativitäten.

Wer profitiert davon, dass die Coronapandemie anderes über-schattet? Welche Themen könnten bei der Wahl 2021 entscheidend sein?
 Die Wählerinnen und Wähler sind nicht ausschliesslich auf die Coronapandemie fixiert, sondern wurde das Coronathema kaum zur politischen Profilierung in den Vordergrund gerückt. Daher werden wohl auch bei diesen Wahlen viele Sachfragen angesprochen werden, etwa Umwelt, Klimaschutz, Rentenversicherung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Entwicklung, coronabedingte Probleme von Kulturbetriebe, Zukunft von Malbin, vielleicht auch Casinos und Weiteres. Die Parteien haben natürlich ein Interesse, dass Themen, bei denen man sie für kompetent erachtet, in der öffentlichen Debatte eine Rolle spielen.

Bisher stand die Parteien recht geschlossen hinter den Entscheidungen der Regierung – könnte sich das in Richtung Wahlkampf noch ändern?
 Bei den Coronaschneidungen hat es tatsächlich nur wenige Kontroversen gegeben, die grundsätzliche Linie der Regierung wird weitgehend akzeptiert. Vier Jahre Landtagsstätigkeit mit inzwischen drei Oppositionsparteien und nicht immer geschlossenem Auftreten von FPB und VU haben aber auch gezeigt, dass sich Parteien und Abgeordnete durchaus gegen Vorlagen der Regierung aussprechen und dies häufig öffentlich begründen. Es liegt in der Natur von Wahlkämpfen, dass sich die einzelnen Parteien als jeweils beste Option und im Falle von Oppositionsparteien auch regierungskritisch positionieren wollen. Das ist

ebenso meist beginnenden Wahlkampf 2020/2021 zu erwarten.

Oder stehen vielmehr die Persönlichkeiten statt Themen im Vordergrund? Welche Partei hätte dann die besten Chancen?
 Persönlichkeiten spielen in den kleinräumigen Verhältnissen von Liechtenstein immer eine grosse Rolle. Obwohl viele aus Tradition immer die gleiche Partei wählen, schaut man sich die Kandidierenden doch genau an. Dies äussert sich etwa darin, dass rund zwei Drittel aller Stimmgäule verändert werden, also Kandidatinnen oder Kandidaten gestrichen werden oder Personen von anderen Wahllisten dazugeschrieben werden. Neben den Persönlichkeiten sind die für den Landtag kandidierenden, kann natürlich auch die Strafrakur für die Regierung nominierten Personen den Ausschlag geben, die eine oder die andere Partei zu wählen. Aufgrund der etwas breiteren ideologischen Auffächerung des Parteiensystems spielt allerdings auch zunehmend das Programm einer Partei eine wichtige Rolle. Bei Wahlfragen stellen wir immer wieder fest, dass die FL vor allem wegen ihrer Kandidatinnen und Kandidaten und VU stärker aus traditionellen Gründen. Bei DU und Dpl. stellen eine regierungskritische Haltung und pointierte Positionen starke Wahlmotive dar.

Nun stehen alle Kandidierenden fest. Ist die Bevölkerung Ihrer Meinung nach gut abgebildet?
 Ja, ja, die Abgeordneten werden zwar in einem demokratischen Prozess und auf der Basis von fairem Wahlen bestimmt. Insofern entspricht dann der gewählte Landtag dem Willen des Volkes. Aber in der Tat stellen die Abgeordneten nicht einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung dar. In der ablaufenden Mandatsperiode werden beispielsweise nur drei der 25 Abgeordneten weiblich, aber auch die Jungen und die Älteren sind krass unterrepräsentiert, das Gleiche gilt für tiefere Bildungsschichten oder Menschen mit Behinderungen, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Besonderes Augenmerk wurde bei der Rekrutierung auf die Frauen gelegt. Schlüssendich entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Rechnen Sie damit, dass sich der Frauenanteil im Parlament wesentlich erhöhen wird?
 Wenn das Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler ähnlich ist wie in der Vergangenheit, kann man nicht unbedingt mit einer wesentlichen Erhöhung des Frauenanteils rechnen. Frauen sind auf den Wahllisten nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, knapp ein Drittel der Kandidierenden sind Frauen. Ausserdem kandidieren zwei der drei bisherigen weiblichen Abgeordneten nicht mehr. Man muss wissen, dass antwortend Abgeordnete erstens kandidieren, relativ gute Wiederwahlchancen haben. Umgekehrt aber kandidieren 15 der 22 männli-

chen Abgeordneten erneut. Sollten sie also bestätigt werden, wird es für neue Kandidierende schon recht eng, und um die Plätze im Landtag kämpfen natürlich Frauen und Männer aufgrund des schlechten Wahlabscheidens der Frauen 2017 und der anhaltenden Diskussionen über die Vertretung der Frauen in der Politik werden Frauen diesmal vielleicht gezielter gewählt. Die Gemeindevahlen 2019 waren da ein Fingerzeig: Mehr als 40 Prozent in den Gemeinderäten sind Frauen, und die Wahlchancen der Frauen waren ausnahmsweise sogar etwas besser als diejenigen der Männer.

DPL schickt mit 13 Männern und 3 Frauen von allen Oppositionsparteien die meisten Kandidatinnen Rennen. Sind denn die Erfolgschancen besser, je mehr Kandidatinnen man hat?

Nicht unbedingt. Den grössten Erfahrungswert mit mehr oder weniger gut gefüllten Listen haben wir zur FL, die seit 1986 immer kandidiert hat, aber nie mit einer vollen Liste. Nur als Beispiel: 1986 trat die FL mit einer Liste an, die landesweit zu 73 Prozent gefüllt war, und erzielte 71 Prozent der Stimmen. 2017 war die FL-Liste nur zu 32 Prozent gefüllt, das Wahlergebn lag aber bei 12,6 Prozent. Andererseits konnte die DU bei der ersten Wahl 2013 die Liste mit 10 Kandidierenden zu 40 Prozent füllen, 2017 mit 16 Kandidierenden zu 64 Prozent. Das Wahlergebn verbesserte sich dabei von 15,3 auf 18,4 Prozent. Viele Kandidierende auf Listen zu haben, ist sicher kein Nachteil, weil man dadurch einen breiteren Kreis an Wählerinnen und Wählern erreicht. Es führt aber nicht automatisch zu einem grösseren Wahlerfolg.»

«Viele Kandidierende auf der Liste zu haben, führt nicht automatisch zu einem grösseren Wahlerfolg.»
 Nein-Parolen durch. Ob sich das entgegen bisheriger Erfahrungen in den Wahllokalen ummünzen lässt, bleibt abzuwarten.

Inwiefern spielt die politische Richtung der Familie noch bei der Wahlentscheidung mit?
 In Liechtenstein bestehen nach wie vor recht stabile traditionelle und familiär geprägte Parteibindungen, auch wenn sich diese zunehmend lockern. Eine Aufwertschichtung sieht man nicht zuletzt an der Tatsache, dass ein Grossteil der Stimmgäule verändert wird. Der individualisierte Lebensstil und die Pluralisierung des Parteienspektrums hat dazu beigetragen, dass sich Leute von ihrer traditionellen Parteibindung lösen. Die Dominanz von FPB und VU war früher viel ausgeprägter. 1986 gingen erst 71 Prozent aller Stimmen an eine andere Partei als die FPB oder die VU, nämlich an die FL. Sie scheiterte jedoch an der 8-Prozent-Sperre. Bei den Wahlen 2017 gingen nur noch 69 Prozent an FPB und VU, DU und FL erreichten zusammen 31 Prozent. Und 2021 kandidieren erstmals in der liechtensteinischen Geschichte fünf Parteien zum Landtag.

Insbesondere DU und Dpl. sprechen aber ein ähnliches Wählersegment an. Wie ist das Verhältnis zwischen Volksabstimmung und Landtagswahlen recht deutlich differenziert. Wenn eine Grosspartei von ihren Ab-



Wilfried Marxer (Liechtenstein-Institut) glaubt nicht, dass die Entscheidung der FPB, eine Frau als Regierungschefin aufzustellen, einen allzu grossen – positiven oder negativen – Effekt haben wird. (Archivfoto: Michael Zanghellini)

stimmungsempfehlung nicht durchgedrungen ist, hatte dies meist keine direkte mit zusammenhängenden Konsequenzen bei den Folgewahlen. Zudem beschlossen FPB und VU nicht selten die gleiche Abstimmungsparole. Bei den Abstimmungen vom 30. August stand vor allem die S-Bahn-Abstimmung im Mittelpunkt, und DU und Dpl. drangen mit ihren Parolen durch. Ob sich das entgegen bisheriger Erfahrungen in den Wahllokalen ummünzen lässt, bleibt abzuwarten.

«Einer Partei, die knapp acht Prozent aller Stimmen erreicht, den Einzug zu verwehren, erachte ich als unfair und undemokratisch.»
 Ich würde sagen, das ist eine sehr gute Frage. Die Parteien sind in der einen oder anderen Form in den meisten Wahlsystemen von demokratisch organisierten Staaten vorhanden. Mit einer 8-Prozent-Sperre, die den Einzug zu verwehren, erachte ich als unfair und undemokratisch.»

Ich würde sagen, das ist eine sehr gute Frage. Die Parteien sind in der einen oder anderen Form in den meisten Wahlsystemen von demokratisch organisierten Staaten vorhanden. Mit einer 8-Prozent-Sperre, die den Einzug zu verwehren, erachte ich als unfair und undemokratisch.»

Für Kleinparteien stellt natürlich die 8-Prozent-Sperre eine Inten-Gefahr dar. Wenn sich die DU-Stimmen von 2017 bei den kommenden Wahlen gleichmässig auf DU und Dpl. verteilen würden, kämen beide auf 9,2 Prozent, also noch etwas oberhalb der Sperrklausel. Aber wir wissen nicht, ob das Stimmempotenzial gleich geblieben ist, gewachsen oder geschrumpft ist und wie es sich allenfalls auf die beiden Parteien verteilt. Eine gemeinsame DU/Dpl.-Liste hätte sicher die Gefahr minimiert, an der Sperrklausel zu scheitern. Aber es wäre damit natürlich die Gefahr verbunden gewesen, dass am Ende nur kandidierende der einen Partei gewählt worden wären. Eine gemeinsame Liste zweier Parteien, um dann festzustellen, dass die Kandidatinnen der anderen Partei obenauf schwimmen, ist natürlich nicht attraktiv. Und nach den Querelen, die zur Spaltung geführt haben, wäre es ja auch eine Überraschung gewesen, wenn sie auf einer gemeinsamen Liste kandidieren hätten.

Es könnte nach der Wahl also erneut zu Diskussionen führen, ob die Sperrklausel abgeschafft werden sollte. Wie sehen Sie das, ist sie noch zeitgemäss? Oder sollte die Hürde zumindest etwas niedriger angesetzt werden?
 Sperrklauseln sind in der einen oder anderen Form in den meisten Wahlsystemen von demokratisch organisierten Staaten vorhanden. Mit einer 8-Prozent-Sperre, die den Einzug zu verwehren, erachte ich als unfair und undemokratisch.»

undemokratisch und dem Prinzip der politischen Repräsentation der Bevölkerung im Landtag widersprechend. Bei der geringen Mandatszahl in den beiden Wahlkreisen besteht ohnehin eine hohe natürliche Hürde, um überhaupt ein Grund- oder Restmandat zu erobern.

Die Veränderung in der politischen Landschaft stellt auch zunehmend etwas anderes infrage, das Jahrelang als gegeben betrachtet wurde: die grosse Koalition. Rechnen Sie 2021 wieder mit Schwarz-Rot oder Rot-Schwarz?
 Ja, damit rechne ich. Einerseits ist die ideologische Schmittmenge zwischen diesen beiden Parteien nach wie vor sehr gross, auch grösser als mit den anderen Parteien. Die Bevölkerung wünscht ebenfalls, dass beide Parteien in der Regierung vertreten sind, mitunter auch noch weitere Parteien. Ferner sind die beiden Grossparteien 1997 bis 2001 und 2001 bis 2005 abwechselnd in die Opposition gegangen. Das hat ihnen demonstriert, dass es politisch zielführender ist, in der Regierung mitzuwirken. Es ist also nicht davon auszugehen, dass eine der beiden Grossparteien von sich aus in die Opposition gehen wird. Die anderen Parteien haben bisher zudem noch keine Personen für ein Regierungsausschuss vorgeschlagen. Wenn sich dramatische Machtverschiebungen zwischen den fünf Parteien ergeben, wird die Sache möglicherweise von allen Akteuren neu bewertet. Grosse politische Erdbeben blieben aber in Liechtenstein bisher meistens aus. Seit 1986 betrafen die stärksten Veränderungen in Prozentpunkten die erste Kandidatur von DU 2013 (auf Anhieb 15,3 Prozent), begleitet von einem Verlust der VU (+1,1 Prozentpunkte). Bei der FPB gab es die grösste Differenz zwischen zwei Wahlen im Jahr 2001, als sie gegenüber den Wahlen von 1997 einen Zugewinn von 10,7 Prozentpunkten erzielte. Mal schauen, wie es bei den Landtagswahlen vom 7. Februar 2021 aussieht wird.

Das Interview wurde schriftlich geführt.